



Resolution

der Delegiertenversammlung der IG Metall Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim

Wir, die Delegierten der Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim, setzen uns in den Betrieben weiter konsequent für den Kurswechsel für ein gutes Leben und für mehr Gerechtigkeit ein.

Wir werden dazu in den nächsten Wochen die betriebliche Mobilisierungsfähigkeit durch Mitgliederversammlungen und politische Gespräche in den Betriebsratsgremien und mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort weiter vorantreiben, um somit die gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Durchsetzungsfähigkeit zu erhöhen.

Die bundesweiten gewerkschaftlichen Aktionen im Herbst haben leider gezeigt, dass wir als große Organisation bei den Regierenden und wirtschaftlich Mächtigen bisher keine ausreichende Wirkung erzielt haben. **Das muss geändert werden!**

Die Erfahrungen unserer Mitglieder, dass vormals positive Begriffe wie z.B. „Reform und Gerechtigkeit“ längst in ihr Gegenteil verkehrt wurden, steigert die Verachtung und Wut vieler Menschen für die gegenwärtige Politik. Wir müssen diese Wut endlich bündeln und in gemeinsame Aktionen umwandeln.

Wir müssen alle mehr tun, jedes einzelne Mitglied, jede Verwaltungsstelle, jeder Bezirk und auch der Vorstand, damit unser Ziel nach einem gesellschaftlichen Kurswechsel nicht verfehlt wird.

Es ist und bleibt eine historische Erfahrung: Allen wirklichen Fortschritt für die Mehrheit der Menschen gibt es nur als Resultat von sozialen Auseinandersetzungen. Die Gewerkschaften standen dabei im Bündnis mit anderen an. Nur durch klare Vorgaben von „Oben“ und gemeinsames Handeln ist ein Kurswechsel zu erreichen! Wir stellen heute mit Sorge fest: Politik und Wirtschaft blenden nach wie vor die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Sie setzen auf falsche Rezepte. Wir befürchten schlimme Folgen für die Zukunft unseres Landes. Unsere Mitglieder werden aber nicht hinnehmen, dass einerseits hunderte Milliarden Euro an

Steuergeldern in die Kassen privater Banken und Finanzkonzerne gestopft werden, während andererseits der Zuwachs an Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsnotstand gewaltige Ausmaße annimmt, wie man sie seit Generationen nicht mehr gekannt hat. Diese Entwicklung ist unakzeptabel und verlangt organisierten Widerstand.

Wir fordern im Auftrag unserer über 7000 Mitglieder eine Politik, die die Interessen der Mehrheit der Menschen in den Mittelpunkt stellt:

Sozialstaat stärken! Krisenverursacher müssen zahlen!

Das Sparpaket ist der falsche Weg, den Staatshaushalt zu sanieren. Es ist menschenverachtend, wenn die Regierung das Geld vor allem den ALG II-Beziehern, den Arbeitslosen und Arbeitenden abpresst, um es zur Rettung der Banken einzusetzen.

Wir fordern:

- ▶ Die Stärkung des Sozialstaates und ein gerechtes Sicherungssystem:
Weg mit der Rente 67!
Weg mit den Plänen einer unsolidarischen Krankenversicherung,

- ▶ Anstelle des ungerechten Kürzungsprogramms der Regierung ein Konjunkturprogramm, das auf Massenkaufrkraft und die Regulierung des Finanzmarktes steht.

Leiharbeit und prekäre Beschäftigung bekämpfen!

Lohnarbeit muss zu menschenwürdigen Bedingungen ermöglicht werden. Hierzu gehören faire Löhne, die nicht trotz Arbeit in Armut führen. Von Löhnen muss man leben können. Mehr als 50 Milliarden Euro Steuergelder fließen seit 2005 an Beschäftigte, die von ihren Löhnen nicht existieren können und deswegen zusätzlich Hartz IV beantragen müssen. Der Staat subventioniert so bis heute die Lohndrückerei vieler Unternehmen. Knapp 7 Millionen Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen.

Wir fordern:

- ▶ Die gesetzliche Verankerung des Grundsatzes „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“
- ▶ Die rasche Umsetzung der EU-Richtlinie im deutschen Recht

Wir verpflichten uns,

- in den Betrieben unseres Organisationsbereiches Leiharbeit/prekäre Arbeit weiter zum Thema zu machen
- Betriebsvereinbarungen zur fairen Gestaltung der Leiharbeit zu verhandeln

Zukunft und Perspektive für die Jugend schaffen!

Die jungen Menschen sind die Verlierer der Krise. Für sie fehlen Bildungschancen und Ausbildungsplätze. Sie sind besonders von den prekären Arbeitsverhältnissen betroffen.

Wir fordern:

- ▶ Mehr Investitionen in das Bildungs- und Ausbildungssystem
- ▶ Genügend qualifizierte Arbeitsplätze für alle Jugendlichen.

Wir verpflichten uns,

- in den Betrieben unseres Organisationsbereiches die Zukunftschancen der jüngeren Generation weiter zum Thema zu machen. Insbesondere sind die Ausbildungskapazitäten möglichst zu erhöhen, mindestens aber zu halten.
- Die tariflichen Übernahmeverpflichtungen sind durchzusetzen.

Die Beschäftigten am Aufschwung beteiligen!

Die Zeichen in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie stehen auf Aufschwung. Aber noch nicht alle Branchen haben es bereits auf das Vorkrisenniveau von 2007 geschafft. Wir können feststellen: Es ist gelungen die tiefste Krise des Nachkriegskapitalismus ohne Massenentlassungen und Massenarbeitslosigkeit zu überstehen. Dies ist zuallererst der Erfolg gewerkschaftlichen Handelns in der Krise. Nur durch den Beitrag der Beschäftigten wurde die Existenz tausender von Unternehmen und hunderttausender Arbeitsplätze gesichert und die industrielle Substanz des Landes erhalten.

Mitbestimmung und Tarifverträge waren in diesen Monaten unverzichtbare Elemente der Krisenbewältigung. Dies muss jetzt auch für einen nachhaltigen Aufschwung gelten.

Der Aufschwung darf nicht an den Beschäftigten vorbeigehen!

Fairness verlangt die krisenbedingten Verzichte von Beschäftigten ohne Verzögerung zurück zu nehmen, wo die wirtschaftliche Situation es ermöglicht. Die Arbeitgeber versuchen, den Auftragszuwachs ohne Neueinstellungen zu bewältigen. Für die Beschäftigten bedeutet dies ausufernde Mehrarbeit, Ausweitung der Schichtmodelle, oft den Verfall von Arbeitszeit und eine extreme Leistungsverdichtung. Dagegen müssen wir Haltelinien aufbauen, die unsere tariflichen und betrieblichen Errungenschaften für gute Arbeit schützen. Arbeitszeit- und Leistungs politik rücken ins Zentrum unserer Arbeit in den Betrieben. Die Gewinne steigen zum Teil explosionsartig, weil die gestiegene Auslastung auf die Kostenstrukturen der Krise trifft. Diese Sondergewinne müssen an die Beschäftigten weitergegeben werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Betriebsräte Bittsteller sind, wenn es um eine faire Beteiligung an diesen Gewinnen geht. Die Tarifpolitik ist gefordert, Voraussetzungen zu schaffen, dass eine Beteiligung an diesen Gewinnen auf Augenhöhe verhandelt werden kann. Fairness verlangt auch überall dort, wo es wirtschaftlich möglich ist, die im kommenden Frühjahr anstehende Tariferhöhung in der Metall- und Elektroindustrie von 2,7 % auf Februar vorzuziehen. Die Delegiertenversammlung fordert die Betriebsräte auf initiativ zu werden und die Belegschaften entsprechend einzubeziehen.

Die Delegiertenversammlung fordert die Bezirksleitung auf:

1. Die Schwachpunkte und Probleme, die im Zusammenhang mit den Aktionswochen in den Betrieben und Regionen für einen Kurswechsel in den einzelnen Verwaltungsstellen auftraten zu analysieren und konkrete Handlungsmaßnahmen zu entwickeln, um eine höhere Beteiligung und Wirkung bei künftigen öffentlichen Auftritten zu sichern.
2. Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Tauberbischofsheim fordern bundesweite Protestaktionen im Bündnis nicht nur mit den DGB-Gewerkschaften, sondern aller gesellschaftspolitischen Verbündeten, insbesondere den Arbeitslosen und Sozialverbänden. Die Mitglieder vertreten die Auffassung, dass die Gewerkschaften den Kurswechsel allein nicht herbeiführen können.